



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 84. Ratssitzung vom 31. Januar 2024

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/46 und 2023/51

2793. 2023/46

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Festlegung eines Schwerpunkts in der laufenden Legislatur zur Thematik der
eskalierenden Jugendgewalt in der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/46 und 2023/51.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat GR Nr. 2023/46 (vergleiche Beschluss-Nr. 1347/2023). Der Zustand der Jugend in der Stadt Zürich ist traurig. Verschiedene Medienberichte liefern ein Bild der Situation: Sexuelle Belästigungen und Cybermobbing nehmen zu, Jugendgewalt findet vermehrt im öffentlichen Raum statt, es werden immer öfter Messer getragen und gegen Menschen eingesetzt. Es ist entsetzlich, dass junge Menschen unter diesen Umständen aufwachsen müssen. Der Aktionsplan gegen die eskalierende Jugendgewalt, den der Stadtrat in der Antwort auf die nachfolgende Interpellation zitiert, funktioniert offensichtlich nicht. Wir fordern, dass der Stadtrat dies anerkennt und den Schwerpunkt neu auf die Verhinderung der Gewalt setzt.*

***Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet den namens der Grüne-Fraktion am 8. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2023/46: Im Juli 2022 wurde der Forschungsbericht von Ribeaud und Loher mit dem Titel «Entwicklungen von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999 bis 2021» veröffentlicht. Der Bericht beruht auf einer wissenschaftlich erhobenen Datenreihe zur Entwicklung von Jugendgewalt im sogenannten Dunkelfeld. In der Studie wird eine Zunahme der Jugendgewalt seit dem Jahr 2014 festgestellt. In der Befragung aus dem Jahr 2021 geben 23 Prozent der 15 bis 16-Jährigen an, in den letzten 30 Monaten Opfer von irgendeinem Gewaltdelikt geworden zu sein. Das ist bedenklich. Gegenüber dem Jahr 2014 ist das eine deutliche Zunahme. Heute ist die Situation besser als im Jahr 1999 und im Jahr 2007. Damals waren mehr als ein Viertel der Jugendlichen von Gewalt betroffen. Beim Täteranteil zeigt sich ein ähnliches Bild: Bei der neusten Befragung geben 10,5 Prozent der Jugendlichen an, Gewalt in irgendeiner Form auszuüben. In den Jahren 1999 und 2007 betrug der Anteil 16 Prozent. Bis ins Jahr 2014 nahm der Täteranteil signifikant ab. Vom Jahr 2014 bis ins Jahr 2021 ist er wieder angestiegen. Das dritte Zitat der Postulatsbegründung, aus der*



Limmattaler Zeitung stammend, gibt den Sachverhalt einigermaßen korrekt wieder. Im ersten Zitat aus 20 Minuten fehlt die Information, dass die Opfer- und Täteranteile in Zürich von 1999 bis 2014 deutlich abgenommen haben. Die letzten beiden Zitate, die behaupten, die Zürcher Bevölkerung fühle sich im öffentlichen Raum immer unsicherer, sind nicht wahr. In der Bevölkerungsbefragung 2023 wurden 5100 Zürcherinnen und Zürcher befragt, was die grössten Probleme in der Stadt sind. 50 Prozent der Befragten nannten den Wohnraum oder den Verkehr. Nur 5 Prozent sorgen sich um die Sicherheit im öffentlichen Raum. Ebenfalls abgefragt wurde das Sicherheitsgefühl, wenn man in der Nacht alleine zu Fuss im eigenen Quartier unterwegs ist. 89 Prozent der 18-Jährigen fühlen sich dabei sicher. So friedlich sind unsere Quartiere. Die Fakten zeigen ein differenziertes Bild. Die Jugendgewalt in der Stadt Zürich muss man ernstnehmen. Sie eskaliert aber nicht generell, wie es im Postulat steht. Auf Gewalt sollten wir mit verstärkter Prävention in den Schulen und im Freizeitbereich, zum Beispiel in den Sportvereinen, reagieren. Die Schulen sind bereits daran. Dabei ist uns allen klar: Auch mit optimaler Prävention lassen sich nicht alle Gewalthandlungen verhindern. Das liegt in der Natur des Menschen. Wir Grünen haben im März 2023 eine Schriftliche Anfrage eingereicht. Aus der Antwort des Stadtrats geht hervor, dass in unserer Stadt bereits viel Präventionsarbeit geleistet wird. Die meisten dieser Bemühungen gehen von der Fachstelle für Gewaltprävention im Schul- und Sportdepartement aus. Die Fachstelle ist auch Mitglied der kantonalen Koordinationsgruppe Jugendgewalt. Die Koordinationsgruppe hat die Ergebnisse der erwähnten Studie über Gewalterfahrungen vertieft analysiert und ist daran, Schwerpunkte und Umsetzungsmassnahmen zu ergänzen. Darum ist das Postulat überflüssig.

Samuel Balsiger (SVP) nimmt zur Interpellation GR Nr. 2023/51 Stellung: *Polizisten sind oft extremem Hass ausgesetzt, zum Beispiel an linksextremen Demonstrationen und Anlässen. Offensichtlich funktioniert der Aktionsplan gegen Gewalt in Zürich nicht. Angestellte der Stadt haben das Recht, vor Gewalt geschützt zu werden. Müssten Angestellte am Schalter oder Lehrer diese Gewalt erleben, hätte die Stadt längst reagiert. Das Problem ist, dass die Polizei von Linken gehasst wird. Die Polizei wird von ihnen angegriffen und beschimpft, dabei skandieren sie Parolen wie «Ganz Zürich hasst die Polizei». Auch «ACAB»-Graffiti sind in der Stadt überall zu finden. Der Stadtrat trägt gegenüber seinem Personal eine Verantwortung, weigert sich aber, dieser Verpflichtung nachzukommen. Es ist kein Wunder, dass sich in Zürich kein Polizeipersonal findet. Wer möchte unter diesen gewaltvollen Umständen und ohne Rückhalt vom Arbeitgeber als Polizist arbeiten?*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (AL): *Im Jahr 2014 beschloss der Gemeinderat, dass keine Legislaturschwerpunkte festgelegt werden sollen. Auch die SVP war dieser Meinung und führte als Grund an, dass es sich bei Legislaturschwerpunkten vor allem um durch Steuergeld finanzierte Wahlkampfwerbung für Stadträte handle. Diesen Vorstoss sehe ich als SVP-Propaganda. Als Grundlage dienen Schlagzeilen, um Aufmerksamkeit zu generieren.*



Carla Reinhard (GLP): Die Jugendgewalt im Kanton Zürich ist zum ersten Mal seit sechs Jahren leicht rückläufig. Das heisst nicht, dass wir nichts unternehmen müssen, zeigt aber, dass die Lage nicht so dramatisch ist, wie das Postulat darstellt. Das Thema beschäftigt uns natürlich. Wir haben zusammen mit der SP eine Schriftliche Anfrage eingereicht, deren Antworten aufzeigen, welche Massnahmen die Stadt bereits unternimmt, um Jugendliche zu erreichen und präventiv zu agieren. Einen Legislatorschwerpunkt zu fordern, ist aus unserer Sicht überflüssig. Im strategischen Plan des Sicherheitsdepartements ist Jugendgewalt seit Ende 2022 explizit als Schwerpunkt aufgeführt. Wir lehnen das Postulat ab, weil es bereits erfüllt ist. Ich wünsche mir ausserdem qualitativ hochwertigere Postulate. Wahllos Zitate als Belege hineinzukopieren, ist nicht sehr konstruktiv.

Samuel Balsiger (SVP): Die zitierten Zeitungsartikel sind Teil der Beweisführung. Hätten wir diese nicht erwähnt, hätten sie die Zunahme der Gewalt verleugnet. Ich kann die Berichterstattung nicht einzeln überprüfen, aber gehe davon aus, dass die Zeitungen nicht übertreiben und Gewalttaten erfinden, um Klicks zu generieren. Dass der Gemeinderat die Beweise nicht akzeptieren möchte, grenzt an Schwurbelei. Es ist ein Armutszeugnis für den Rat, dass nicht einmal ein Prüfauftrag überwiesen werden kann, um den unhaltbaren Zustand in der Jugend zu ändern und unserer Bevölkerung Sicherheit zu geben.

Andreas Egli (FDP): Bei jeder negativen Schlagzeile einen Legislatorschwerpunkt zu setzen, ist etwas übertrieben. Wir unterstützen das Postulat nichtsdestotrotz. Wir sind der Meinung, dass schwerkriminelle Jugendliche, von denen das Gros an Gewaltpotenzial ausgeht, zusätzliche Massnahmen zur Unterstützung brauchen. Die Interpellation stellt berechnete Fragen. Es wäre aber eine gute Idee gewesen, sie vor der Einreichung einer Qualitätskontrolle zu unterziehen. Strategisch ist es nicht wirklich clever, die Frage nach dem Nutzen von Tasern mit Linksextremismus in Verbindung zu bringen, wenn man im Rat eine Mehrheit erreichen möchte. Die politische Haltung einer gefährlichen Person spielt keine Rolle in der Entscheidung eines Polizisten, zum Taser zu greifen.

Matthias Renggli (SP): Die SP lehnt das Postulat ab. Jugendgewalt ist ein ernstes Thema, das Postulat ist aber nicht zielführend.

Das Postulat wird mit 33 gegen 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

2794. 2023/51

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Strategien des Stadtrats zur Verhinderung von Hass und Gewalt gegen Polizistinnen
und Polizisten der Stadtpolizei und Einschätzung zum Einsatz von Tasern bei
Messerstechereien oder bei Bedrohung durch Messer**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2489 vom 6. September 2023).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/46, Beschluss-Nr. 2793/2023

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat